leitungen mit dem Ausbruch größerer Wirtschaftskämpfe rechnen mußte. Die ersten Kämpfe begannen, und die Erbitterung und Kampfentschlossenheit der Arbeiter zwang selbst die kampfscheue Gewerkschaftsbureaukratie, sich vorläufig in den Kampf zu stellen. Seit Wochen kämpfen die Bauarbeiter, und einige kleinere Kämpfe in der Textilindustrie gaben den Unternehmern Veranlassung, die Generalaussperrung der Textilarbeiter vorzubereiten. Zu gewaltigen Auseinandersetzungen muß es kommen, wenn es nicht gelingt, den Kampfwillen der Arbeiter zu brechen. Die Verbindlichkeitserklärung ungenügender Schiedssprüche zieht nicht mehr, die Arbeiter lehnen ab — und so muß man zu einem anderen Mittel greifen, um die Arbeiter betrügen zu können.

Der neue Dreh beginnt: zwar neu ist die Geschichte nicht. Herr Cuno unseligen Angedenkens hat es schon versucht, sein Mißerfolg, der seinen Sturz zur Folge hatte, war in dem ungenügenden Zusammenspiel der Beteiligten begründet. Herr Luther will es besser machen. Sein „Kampf gegen die Teuerung" ist der Dreh, mit dem die begründeten sozialen Kämpfe abgewürgt werden sollen. Mit großem Tamtam wurde die Aktion von Herrn Luther angekündigt, und gewaltig ist die Propaganda gegen die Unglaubigen, die in die Aktion des Herrn Luther kein Vertrauen setzen und für einen Ausgleich der Teuerung durch die Erhöhung der Arbeiterlöhne eintreten. Herr Luther will die Teuerungswelle eindämmen, wenn die Arbeiter auf Lohnforderungen verzichten. Werden die Arbeiter wieder auf diesen Schwindel hereinfallen? In der sozialdemokratischen und in der Gewerkschaftspresse erheben sich schon vorsichtige Stimmen, die Herrn Luther zustimmen, so daß man auch von dieser Seite in nächster Zeit wieder die unverhüllte Propaganda gegen die Lohnkämpfe erwarten kann. Deshalb muß jetzt schon der Arbeiterschaft gesagt werden, welche Entwicklung die Aktion Luthers nehmen kann und wie die Arbeiter beschwindelt werden sollen.

Herr Luther holte die Vertreter der Kapitalisten zu einer Besprechung seiner Aktion zusammen. Große Begeisterung zeigten die Herrschaften nicht für die Pläne ihres Kanzlers, aber um so nachdrücklicher wurde die Frage eines gewissen Steuererlasses gestellt. Die kapitalistische Presse stellte zur selben Zeit erneut Forderungen auf finanzielle Unterstützungen für die Unternehmer. Man läßt durchblicken, daß bei einer solchen Hilfsaktion der Regierung ein Stillstand in der Preisentwicklung wohl zu erreichen wäre, natürlich nur dann, wenn die Arbeiter sich mit den gegenwärtigen Löhnen abfinden und keine Forderungen stellen. Die Kapitalisten verlangen also, wenn sie die Preistreiberei einstellen sollen, anderweitige Entschädigung. Gibt die Regierung Steuererlaß und Kredite, so besteht die Möglichkeit, daß die Preise vorübergehend zum Stagnieren kommen, wenn den Kapitalisten auf diesem Wege Riesensummen in den Rachen geworfen werden. Die Arbeiter, die diesen Weg als eine Lösung der Konflikte ansehen, betrügen sich selbst, denn die Steuergroschen der Werktätigen wird man nehmen, um erstens die entstandenen Steuerausfälle zu decken und zweitens, um den Kapitalisten die geforderte finanzielle Unterstützung zu gewähren. So kommen also doch die Kapitalisten auf Kosten der betrogenen Arbeiter zu ihren erhöhten Profiten.

Man kommt nun zur richtigen Bewertung der Schippelschen Auslassungen, wenn man sie im Zusammenhang mit der Aktion der Regierung betrachtet. „Hilfe für die zusammenbrechende Wirtschaft" fordert Herr Schippel, und die gesamte Sozialdemokratie, für die der Existenzkampf der Arbeiter zur bloßen Agitationsphrase geworden ist, wird ihm sehr bald sekundieren mit dem alten Argument: daß nur dies der einzige Ausweg sei, wenn die Arbeiter nicht von den Trümmern der zusammenbrechenden Wirtschaft begraben sein wollten.

Es gibt keinen anderen Weg für die Sozialdemokratie, als Seite an Seite mit den Kapitalisten. Die durch die Krisen der kapitalistischen Wirtschaft und die politische Herrschaft der Bourgeoisie sich immer mehr verschärfenden Klassengegensätze zwischen Bourgeoisie und Proletariat sind für Herrn Schippel nur eine „verballhornte Vorstellung", und so werden die Sozialdemokraten immer für jeden Trick und für jeden Dreh zu haben sein, mit denen man die sich entwickelnden Klassenkämpfe abwürgen kann, ja selbst dann, wenn alle Betrugsmanöver fehlschlagen, wenn Panzerwagen und Maschinengewehre das letzte Mittel sind, die göttliche Ordnung zu schützen, fehlen die Sozialdemokraten nicht im Bunde der „Ordnungshüter". Das Jahr 1923 sollte allen Arbeitern zur Lehre dienen.

Die Lage ist ernst für die Arbeiterklasse, ein neuer Hungerwinter naht heran. Es gilt, den letzten Arbeiter in die Klassenfront des Proletariats einzugliedern, denn nur eine einige, geschlossene Arbeiterklasse vermag die Kraft zum Schutze ihrer Existenz aufzubringen.

Kein Dreh löst die Krisen des Kapitalismus, die einzige Lösung ist die soziale Revolution.

Der Schwindel vom Preisabbau

Der Preissenkungsschwindel der Luther-Regierung dringt in ein neues Stadium des Massenbetruges. Unter Mitwirkung des Reichsbankpräsidenten hat gestern die Reichsregierung einstimmig folgende Beschlüsse gefaßt:

„1. Die sogenannte Kartellverordnung zu verschärfen; das heißt irgendwelche Vertragsklauseln zwischen Käufer und Verkäufer beim Lebensmittelverkehr unter Strafe zu stellen.

2. Die sogenannte Geschäftsaufsicht, die zur Abwendung von Konkursen 1916 eingeführt wurde, aufzuheben. (Inwiefern gerade diese Maßnahme preissenkend wirken sollte, konnte jedenfalls nicht einmal das dümmste Mitglied der Reichsregierung sagen.)

3. Wird versprochen, die Reichsgelder so hoch zu bewirtschaften, daß keine Gefahr einer Steigerung des Zinsfußes entstehe.

4. Soll die geliebte „freie Konkurrenz" wieder in vollem Umfang zur Geltung kommen.

Inwiefern diese Maßnahme, die Gottes Segen bei Raffke und Rohn bedeutet, die Preise senken soll, wird vielleicht der Gescheiteste, der Reichsminister, den notleidenden Proleten klarmachen können. Das dreckigste Reaktionsblatt der Reichshauptstadt, der „Berliner Lokalanzeiger", schreibt dazu in einem richtigen Vorgefühl: „Es bleibe der Linkspresse vorbehalten, trotz dieser herrlichen „Maßnahmen" auch weiterhin von „Fluchtversuchen der Reichsregierung" zu sprechen."

Allerdings wird kein Arbeiterblatt umhin können, die Schamlosigkeit dieses Preissenkungsschwindels schonungslos zu enthüllen. Denn diese Regierung war es ja, die zuerst unter brutaler Vergewaltigung der Opposition die preistreiberischen, wucherischen Agrar- und Industrieschutzzölle durchgepeitscht hat.

466 Die Amnestieschande in Sachsen

Von Dr. Richard Schmincke, M. d. L.

Sachsen hat nun endlich auch seine „Amnestie". Die Staatskanzlei teilt der Presse mit:

„Das Gesamtministerium hat in seiner Sitzung vom 26. d. M. im Wege der Notverordnung eine sofort in Kraft getretene Amnestie für politische Straftaten im Umfange des Reichsamnestiegesetzes vom 17. d. M. beschlossen. Im übrigen ist für die bei sächsischen Gerichten anhängig gewordenen politischen Strafsachen auf Grund der Landtagsentschließung vom 12. März d. J. und der Landtagsverhandlungen vom 7. Juli bereits in weitestgehendem Maße durch Einzelverfügungen Straferlaß gewährt worden. Sachsen hat damit schon vor der Reichsamnestie die Maßnahmen vorweg genommen, die in anderen Ländern jetzt im Wege der Gesetzgebung getroffen werden."

Diese Notverordnung ist die Antwort auf die Forderung der kommunistischen Fraktion vom 24. August auf Einberufung des Landtages zwecks Verabschiedung einer Vollamnestie. Sie ist ein Manöver der Regierung, um den Landtag abzuhalten, auf dem Wege der Gesetzgebung eine Amnestie zu erlassen. Die sächsische Koalitionsregierung, besonders die sozialdemokratischen Mitglieder derselben, haben eine heillose Angst davor, daß im Landtage in breitester Oeffentlichkeit der Arbeiterschaft Sachsens gesagt wird, wie ihre besten Vorkämpfer weiter in Gefängnissen und Zuchthäusern schmachten müssen und wie gemeine Verbrecher behandelt werden. Diese Notverordnung zeigt der Arbeiterschaft zum hundertsten Male, daß die sächsische Koalitionsregierung, in der die sozialdemokratischen Minister, welche von Arbeitern gewählt sind, die Mehrheit bilden, sich in nichts unterscheidet von der reaktionären Reichsregierung Luther. Sie geht in ihrer Amnestieverordnung auch nicht um ein Jota über die Reichsamnestie hinaus. Vor allem bleibt die für das Reich festgesetzte Terminbestimmung des 1. Oktober 1923 bestehen. Ein Termin, der im Reich zum Zweck hatte, den Rechtspatrioten Straffreiheit zu gewähren, während die kämpfenden Arbeiter von derselben ausgeschlossen bleiben sollten. Die meisten Verurteilungen der Arbeiter sind nämlich gerade infolge der Vorgänge im Zusammenhang mit der stärksten Not infolge der Inflation im Herbst und Winter 1923 auf 24 erfolgt.

In Sachsen hat die Provokation der bayerischen Konterrevolution und der Einmarsch der Reichswehr die Arbeiter zur Selbstverteidigung auf den Plan gerufen, und eine große Anzahl von Proletariern sind für ihr tapferes Eintreten für die Arbeiterschaft zu langjährigen Gefängnis- und Zuchthausstrafen verurteilt worden. Alle diese Genossen sollen weiter in den Strafanstalten gehalten werden, das ungeheure Elend, welches die infame Klassenjustiz über sie und ihre darbenden Frauen und Kinder gebracht hat, soll verlängert werden. Alle aus Not begangenen Straftaten sind von der Amnestie ausgenommen worden. Die Amnestierung der Vergehen gegen § 218 — Abtreibung — ist nicht in der Notverordnung enthalten.

Während die Sozialdemokraten im Rechtsausschuß des Reichstages vielfach den weitergehenden Anträgen der Kommunisten, z. B. über die Erweiterung der Amnestie auf Zuchthausstrafen, zustimmten, haben sie in den Ländern, wo sie die Möglichkeit hatten, auch die politischen Zuchthausgefangenen zu befreien, gezeigt, daß es sich im Reichstage nur um demagogische Demonstrationen handelte. Die Verhandlungen in Preußen haben den beispiellosen Amnestieverrat der Sozialdemokraten enthüllt, und in Sachsen haben die sozialdemokratischen Minister gezeigt, daß sie mitschuldig sind, wenn viele ehrliche Kämpfer des Proletariats weiter hinter Zuchthausmauern schmachten müssen. Zu all dem fügen sie aber noch den Hohn.

Unter Hinweis auf die Landtagsentschließung vom 12. März d. J. und die Verhandlungen vom 7. Juli d. J. behaupten sie, daß bereits in weitgehendstem Maße durch Einzelverfügungen Straferlaß gewährt wurde. In diesen erwähnten Sitzungen wurden alle Anträge der Kommunisten über eine umfassende Amnestie abgelehnt und folgender lahme Antrag der rechten Sozialdemokraten angenommen:

„Der Landtag wolle beschließen: die Regierung zu ersuchen, bis zur Verabschiedung einer Reichsamnestie für im Zusammenhange mit der Inflation, Lebensmittelknappheit oder den Kämpfen um die Lohn- und Preisgestaltung begangenen Straftaten in weitherzigster Weise auf dem Wege der Einzelbegnadigung dem Verlangen nach einer Amnestie nachzukommen und dabei insbesondere den im wesentlichen unbestraften und unbescholtenen Beschuldigten Gnade zu gewähren, ihnen auch in gleichem Umfange vor Durchführung des Strafverfahrens Strafverfolgungsaufschub zu erteilen.

Dresden, am 24. Februar 1925.

Wirth

und die Mitglieder der Fraktion der SPD."

Durch diesen Antrag wurde es also ganz in das Ermessen des reaktionären Justizministers Bünger gestellt, wen er begnadigen will, und daß dieser Vertreter der Deutschen Volkspartei aus eigener Entschließung die proletarischen Vorkämpfer wieder in Freiheit setzen würde, kann selbst der verbohrteste Sozialdemokrat nicht erwarten.

Es ist schon heute mit Sicherheit anzunehmen, daß dem Antrag der kommunistischen Fraktion auf Einberufung des Landtages zwecks Schaffung einer Vollamnestie und Unterstützung der streikenden Textil- und Bauarbeiter nicht stattgegeben wird. Die kommunistische Fraktion wird aber von ihrer Forderung einer Vollamnestie nicht abgehen und den Kampf um dieselbe mit gesteigerter Kraft fortführen. Die Arbeiterschaft hat durch eine Million Unterschriften die Freilassung der proletarischen Gefangenen gefordert. Die Regierungen sind darüber zur Tagesordnung übergegangen. Es ist die Aufgabe der Arbeiterschaft, in den kommenden Wochen mit anderen Mitteln die Vollamnestie zu erzwingen.

Arbeiter Sachsens! Ruht nicht eher, bis der letzte politische Gefangene seine Freiheit wiedererlangt hat.

Begrüßung der russischen Arbeitersportler

Die rote Front marschiert auf!

Rote Fahnen schmückten den von mehr als zweitausend Dresdner Arbeitern dichtgefüllten Saal der „Reichskrone". Sozialdemokratische und kommunistische Arbeitersportler und Rote Frontkämpfer waren gekommen, um den russischen Brüdern ihre Sympathien zu zeigen und das Gelöbnis des gemeinsamen Kampfes abzulegen.

Endlich erschienen die russischen Sportgenossen. Sämtliche Anwesenden erhoben sich von ihren Plätzen, eine feierliche Stille bedrückte den Saal, bis von der Mitteltribüne das Trommlerkorps des RJB. die Internationale spielte und alle Anwesenden begeistert in den Gesang einstimmten.

Genosse Strzelewicz begrüßte die russischen Sportgenossen mit einem begeistert vorgetragenen Prolog auf den internationalen Bund aller Ausgebeuteten. **Striesener Sänger stimmten den dritten Vers der Internationale an, die russischen Brüder erwiderten den Gruß durch den russischen Gesang der Internationale.** Auf einen dreifachen „Rot-Front"-Ruf des RJB. antworteten die russischen Arbeitersportler mit gleichem Gruß. Der sozialdemokratische Betriebsrat **Kollege Blume hielt im Auftrage des Ausschusses für Rußland-Delegationen eine Ansprache, in der er auf die ungeheuerliche Ausbeutung hinwies, der die deutsche Arbeiterschaft durch den reaktionären, monarchistischen Kurs ausgesetzt ist. Die Rüstung der Reaktion gegen die deutschen Arbeiter, wie die Rüstungen des Weltimperialismus gegen Sowjetrußland verpflichteten zu einem trotzigen Bunde der deutschen und russischen Arbeitsbrüder. Nachdem er unter Beifall einige besonders markante Sätze aus den Berichten der Kollegen Vogelgesang und Mehnert zitierte und die Maßregelungen einiger Rußland-Delegierter von den Versammelten entrüstet aufgenommen werden, schließt er mit den Worten Karl Marx:**

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Nach einem von den Versammelten glühend, begeistert aufgenommenen Hoch auf die internationale Solidarität reicht ein russischer Kollege unter ungeheurer Begeisterung der Versammelten dem Kollegen Blume die Hand zum Brudergruß.

Ein russischer Sportler ergreift daraufhin das Wort und führt unter großer Spannung der Zuhörer ungefähr folgendes aus:

„Im Namen des russischen Arbeitersport- und Körperkulturverbandes und des Sportverbandes der Ukraine begrüße ich euch. (Lebhaftes Bravo!) **Wir sehen hier in Deutschland, daß man uns als die Vertreter des russischen Proletariats begrüßt. Man wollte über die Lage der russischen Arbeiter und Bauern von uns Auskunft haben. Darüber sprechen wir nicht, laßt euch das von euren deutschen Kollegen sagen, wenn sie zurückkommen. Wir erhoffen die baldige Vereinigung der Proletarier des ganzen Weltballes. Wir sind nicht gekommen, um Siege zu erringen, wir wollten unsere junge Sportorganisation eurer gegenüberstellen und von euch lernen. Aber wir haben gemeinsam auch damit zugleich den praktischen Beweis der Solidarität gezeigt. Durch die internationale Einheitfront werden wir das Werk unseres Karl Marx, das Lenin in die Tat umsetzte, verwirklichen.** (Lebhafter Beifall.) **Unter euch gedenken wir, wie deutsche Soldaten 1918 unsere Arbeiterorganisationen in der Ukraine niederschlagen wollten.** (Lebhaftes Pfui!) **Es lebe der Bund aller Proletarier der Welt!** (Nicht endenwollender Beifall.)

Der Rote Jungsturm übergibt darauf den russischen Sportlern ein Bukett Blumen und eine bestickte Rote Frontkämpfermütze. — Der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrates der städtischen Betriebe Kollege Gruner wies eingehend auf die Bedeutung der Rußland-Delegation hin, deren Bedeutung von den ostsächsischen Proleten so treffend eingeschätzt wird, daß es dem Ausschuß möglich ist, den Familien der Delegierten wöchentlich 35—40 Mark auszuzahlen. Unter lebhaftem Beifall forderte er zu weiteren Sammlungen auf.

Nach weiteren, ausgezeichnet gelungenen künstlerischen Darbietungen der **Freien Turner Striesen**, der **Striesener Sänger** des Genossen **Strzelewicz**, Volksliedern der russischen **Balalaika Truppe** und eines von einem russischen Sportler aufgeführten ukrainischen Nationaltanzes endigte der Begrüßungskommers der russischen Arbeitersportler unter stürmischer Begeisterung.

Mit dem begeisterten Gesang „Brüder zur Sonne, zur Freiheit" und unter den Klängen der Internationale verließen die Dresdner Arbeiter den Saal.

Die Veranstaltung zeigte den Feinden des ersten Arbeiter- und Bauernstaates, daß die Mauer zwischen den deutschen und russischen Proletariern zusammenzubrechen beginnt und daß der Tag näher rückt, an dem sich die deutschen und russischen Proletarier die Hände über zertrümmerte Grenzpfähle reichen!

Vorwärts zur internationalen Einheit der Arbeiterbewegung!

Bayern verschleppt die Amnestie

München, 28. August. (Eigener Drahtbericht.) Während Preußen und andere Länder die Landesamnestie bereits in Kraft gesetzt haben, will Bayern die Amnestie bis nach Zusammentritt des Landtages, das ist im November, verschleppen.

Die Bergarbeiterverbände warnen den Reichsarbeitsminister

Bochum, 28. August. (Eigener Drahtbericht.) Die vereinigten Bergarbeiterorganisationen warnen dringend in einem gemeinschaftlichen Schreiben an den Reichsarbeitsminister, dem Antrag des Zechenverbandes auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches für den Ruhrbergbau stattzugeben.

Die Bergarbeiterorganisationen verlangen **unter allen Umständen eine Lohnerhöhung.**

Genosse Becher frei!

Stuttgart, den 28. August. Der Genosse Becher ist der Haft entlassen worden.

Der „Königliche Sozialdemokrat"

Marseille, 28. August. (Eigener Drahtbericht.) Vandervelde hat sein Amt als Mitglied des Exekutivkomitees der SI. niedergelegt mit der Begründung, daß es sich nicht mit seiner Stellung als königl. belgischer Minister vereinbaren lasse. Er erklärte ausdrücklich, daß er Wert darauf lege, nach wie vor als „Sozialist" angesehen zu werden.

Die Drusen in Damaskus

Paris, 28. August. Nach einer Havasmeldung aus Beirut ist es den Drusen gelungen, bei einem neuen Angriff auf Damaskus in die Vorstädte einzudringen.

•

Paris, 28. August. Es verlautet, daß die französische Regierung die Absicht habe, Kriegsschiffe an die Küste von Syrien zu entsenden, in erster Linie soll der Dreadnought Paris abgeschickt werden.

London, 28. August. Wie die „Times" aus Kairo meldet, haben die aufständischen Drusen die Stadt Deir el Kauer am Euphrat besetzt und die französische Garnison gefangengenommen. Nach einer anderen Meldung haben die zahlreichen arabischen Stämme in Transjordanien sich den Drusen angeschlossen. Man macht sich auf harte Kämpfe gefaßt. Die Franzosen haben auch anderwärts in den letzten Tagen zahlreiche Niederlagen erlitten. Es mußten drei Stellungen geräumt werden.